

Entwurf

Gegenmacht aufbauen!

Vorschläge für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik

Seit Jahrzehnten bestimmt die Massenarbeitslosigkeit die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land mit all ihren Folgen:

- stagnierende und teilweise sogar sinkende Kaufkraft der Lohnabhängigen;
- Sozialabbau auf breiter Front;
- massive Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des Kapitals und der Reichen.
- Angriffe auf die Gewerkschaften und im Besonderen auf die Tarifautonomie.

Speziell die Agenda 2010 brachte und bringt gewaltige Einschnitte. Aber in der ArbeiterInnenklasse gibt es keine politische Kraft, die sowohl bedingungslos die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Bedürftigen vertritt als auch breit in diesen Schichten verankert ist und über nennenswerten gesellschaftlichen Einfluss verfügt.

Unter diesen Bedingungen fällt den Gewerkschaften eine besondere Verantwortung zu. Noch erreichen sie Millionen abhängig Beschäftigter und organisieren diese zumindest auf einer elementaren Klassenebene. Noch verfügen sie über ein gewisses Ansehen und die Masse der KollegInnen betrachten sie immerhin noch als das stärkste, was die Schwachen heute haben.

Aber die Anziehungskraft, die Glaubwürdigkeit und die Bindekraft sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Der Mitgliederverlust hat inzwischen beängstigende Ausmaße angenommen.

Den Hauptgrund sehen wir in der politischen Lähmung der Gewerkschaften und in ihrer Weigerung, sich konsequent für die Interessen unsrer Klasse einzusetzen. Die Ursache dafür liegt in der politischen Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse. Bis tief in die Mitgliedschaft hinein ist heute neoliberales Gedankengut vorgedrungen.

Zustand der Gewerkschaften beängstigend

Seit Jahren erleben wir, wie die Gewerkschaftsführungen nur noch im Rückwärtsgang agieren und so Monat für Monat zusehen, wie sich die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtern und sich damit auch die Kräfteverhältnisse weiter zu unsren Ungunsten verschieben. Speziell unter der SPD-Grünen-Regierung ist die gesamte Gewerkschaftsführung wie gelähmt und hat außer lauen Worten nichts zu bieten, weder inhaltliche Orientierung noch Kampfbereitschaft. Nachgeben und das Einschwenken auf die betriebswirtschaftliche Logik ist ihre Devise.

Noch ist es so, dass die KollegInnen – Beschäftigte und Erwerbslose – prinzipiell den Gewerkschaften *Handlungsfähigkeit* zutrauen, aber sie sehen keine *Handlungsbereitschaft*, vielmehr Ängstlichkeit, Konfliktvermeidung, Anpassung und vor allem viel Rücksicht auf die Regierung. In vielen Fragen gestalten die Gewerkschaften heute den kampflösen Rückzug. Wir brauchen aber die Organisation der Solidarität und des Widerstands.

Die Entwicklung gerade der letzten Jahre ist inzwischen an einem Punkt angelangt, an dem der Glaubwürdigkeitsverlust sehr rasch zu einer gewaltigen, ja dramatischen Abwendung von den Gewerkschaften und zu einer nachhaltigen Demoralisierung führen kann.

De facto werden die Gewerkschaften heute – ähnlich einer Richtungsgewerkschaft – in monolithischer Weise von einer mehrheitlich sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie beherrscht. Wenn wir an den Gewerkschaftsspitzen bürokratische Verhaltensweisen beobachten, so liegt dies nicht einfach nur an politischer Desorientierung bzw. Fixierung auf die SPD-Regierung. Ein wichtiger materieller Grund für die durchgängig zu beobachtende Strategie der Konfliktvermeidung ist das Bestreben, kein Risiko einzugehen, in keine Kämpfe mit ungewissem Ausgang einzusteigen. Denn dies würde ja gegebenenfalls die eigene materiell gut ausgestattete Position gefährden. Das Sein prägt bekanntlich das

Bewusstsein. Wir meinen deswegen, dass kein Gewerkschaftsfunktionär mehr verdienen darf als im jeweiligen Tarifvertrag für die oberste Gehaltsgruppe festgelegt ist.

Noch kann gegengesteuert werden, aber dies muss heute geschehen – nicht erst in Jahren. Wir wollen eine basisdemokratische Gewerkschaft. Dazu gilt es zweierlei durchzusetzen: a.) die völlige Unabhängigkeit von der Regierung und den Interessen der SPD; b.) ein Tendenzrecht, das es linken Kräften erlaubt, in organisierter Weise in der Gewerkschaft für ihre Vorstellungen zu streiten, ohne deswegen innergewerkschaftliche Repression fürchten zu müssen.

Wofür wir uns einsetzen

Arbeitszeitverkürzung

Kabinett und Kapital betreiben seit Jahren eine Verlängerung der Arbeitszeit. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten, es vergrößert vor allem das Heer der Erwerbslosen und steigert den Druck auf die Löhne. Auch die wachsende Flexibilisierung verstärkt die Erwerbslosigkeit. Jeder Beitrag zur Verbesserung der Rentabilität einzelner Betriebe oder einzelner Branchen verschärft nur den Konkurrenzkampf national und international und ist ein aktiver Beitrag zum Weiterdrehen der Spirale nach unten.

Deswegen:

- Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Ein Angriff auf die Arbeitszeitregelung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle!
- Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitkonten. (Es gibt ein Leben vor der Rente!)
- Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung muss in allen Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil nur darüber der Massenerwerbslosigkeit wirksam begegnet werden kann. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich und unter definierten Arbeitsbedingungen. Nur wenn die Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten erfolgt, kann verhindert werden, dass sie durch Arbeitsintensivierung aufgefangen wird und keine Einstellungen erfolgen. Unser Ziel muss sein: Verteilung der Arbeit auf alle Hände!

Reallohnsteigerungen

Für Millionen Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken, viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Kräftige Reallohnsteigerungen sind angesagt.

- Für die Aufstellung von Festgeldforderungen, um tendenziell die Schere zwischen den Einkommen zu schließen, auch und gerade um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten.
- Keine Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der “Ertragslage” der Betriebe abhängig gemacht werden. Keine Ergebnisabhängigkeit in die Tarifverträge!
- Die Gewerkschaften haben eine Verantwortung für die (noch) nicht Beschäftigten und müssen auch für zukünftig einzustellende kämpfen. Deswegen: gleiche Löhne für gleiche Arbeit, keine unterschiedlichen Lohnlinien in einem Betrieb.
- Kein Lohnabschluss mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
- Gegen die Einführung von leistungsbezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt wird und neue Konkurrenzmechanismen eingeführt werden.

Lohnfragen sind Machtfragen. Eine Gewerkschaft, die auf ihre Macht verzichtet wird untergehen.

Mindestlohn

Der generellen Lohnsenkungsoffensive des Kapitals und der Politik (Hartz IV und 1-€Jobs) muss der Kampf um einen verbindlichen Mindestlohn entgegengesetzt werden. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen ist vollkommen ungenügend, weil sogar viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Ein Mindestlohn untergräbt genauso wenig die Tarifautonomie wie die gesetzliche Festlegung von mindestens 24 Tagen Urlaub im Jahr. Wir brauchen einen allgemeinen für

alle Branchen gleichen Mindestlohn, mit dem ein menschenwürdiges Leben zu führen ist. Heute müssen dies 1500 € sein, bzw. 10 € in der Stunde

Garantiertes Grundeinkommen

Grundsätzlich ist die Erwerbslosigkeit nicht den Betroffenen anzulasten, sondern eine Folge dieses Wirtschaftssystems. Und auch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, haben einen Anspruch, nicht unter dem Existenzminimum leben zu müssen. Deshalb fordern wir für solche Menschen ein garantiertes Mindesteinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Kampf den prekären Beschäftigungsverhältnissen

Besonders die Leiharbeit aber auch die Befristung von Arbeitsverträgen hat in den letzten Jahren so zugenommen, dass heute Millionen in unsicheren, meist nicht Existenz sichernden Jobs arbeiten müssen. "Befristete" und LeiharbeiterInnen trauen sich in ihrer prekären Situation nicht, akzeptable Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne zu fordern. Deswegen sind Leiharbeitsverhältnisse und Befristungen generell zu bekämpfen, denn sie untergraben letztlich auch die Arbeitsbedingungen der "Stammebeschäftigten" und sind heute sehr wirksame Instrumente zur allgemeinen Lohnsenkung.

Aktiver Gesundheitsschutz

Der wachsende Druck am Arbeitsplatz gefährdet in zunehmendem Maß die Gesundheit der KollegInnen. Jährlich entstehen durch arbeitsbedingte Erkrankungen Kosten in Höhe von 28 Mrd. € von dem menschlichen Leid ganz zu schweigen. Unser Leben und unsere Gesundheit sind mehr wert als ihre Profite. Deshalb muss aktiver Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wieder ein wesentlicher Bestandteil der Gewerkschaftspolitik werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Privatisierung der Daseinsvorsorge muss in vollem Umfang bekämpft werden. Die schon privatisierten Öffentlichen Dienstleistungen müssen wieder der Profitwirtschaft entzogen werden. Schluss mit der Privatisierung z. B. von Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben, Wasserversorgung usw. Sie müssen öffentliches Eigentum bleiben bzw. wieder werden und zwar unter Kontrolle der Beschäftigten und der NutzerInnen! Für den Ausbau des Öffentlichen Dienstes! Keine Privatisierung der Sozialversicherungen!

Bedarfsdeckende Krankenversicherung

Die gesamte Gesundheitsversorgung muss den Profitinteressen entzogen werden. Dies fängt an beim medizinisch-industriellen Komplex und endet bei den Krankenversicherungen. Wir wollen die Überführung der privaten Krankenkassen in Gemeineigentum und die Bildung einer einheitlichen Krankenversicherung für alle! Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze!

Rente mit 60

Der Privatisierung der Altersvorsorge muss der Kampf angesagt werden. Gegen die Bestrebungen, das Rentenalter weiter hoch zu setzen und das Rentenniveau zu senken stellen wir die Forderung nach Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ohne Abzüge.

Weg mit der Agenda 2010

Wir fordern die Rücknahme aller Sozialabbaumaßnahmen, im Besonderen der so genannten Hartz-Gesetze.

- Weg mit allen Zumutbarkeitsregelungen! Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes! Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Keine private Arbeitsvermittlung! Weg mit den Personal-Service-Agenturen (PSA). Weg mit der Zwangsarbeit und der Zumutung, ein Drittel unter Tarif zu arbeiten!
- Weg mit den Zuzahlungen in der Gesundheitsversorgung, der Praxisgebühr usw.!

Gewinnsteuersenkungen rückgängig machen

Im Laufe der letzten 25 Jahre wurden die Gewinnsteuern von 29% auf 14% reduziert. Allein durch die Senkung des Körperschaftssteuersatzes bei Bund und Ländern sparten die Unternehmer in den Jahren

2001 – 2003 etwa 50 – 60 Mrd. € Insgesamt werden den Kapitaleignern aufgrund der Steuerreformen heute jährlich zwischen 70 und 80 Mrd. € erlassen. Gleichzeitig werden Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge gestrichen. Deswegen: Rückgängigmachung aller Gewinnsteuersenkungen! Wiedereinführung der Vermögenssteuer! Anhebung des Spitzensteuersatzes und starke Progression der Steuersätze bei den Reichen!

Für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gewerkschaften

In Zeiten fortschreitender Globalisierung und grenzüberschreitender Erpressung von Belegschaften durch international operierende Konzerne ist der Aufbau einer unbürokratisch funktionierenden Zusammenarbeit von Belegschaften zur Abwehr von Schließungsplänen der Konzernleitungen eine vorrangige Aufgabe. Dazu muss ein Netz an gewerkschaftlichen Querverbindungen entstehen.

Demokratisierung der Gewerkschaften

Um für all diese Ziele in und mit den Gewerkschaften kämpfen zu können, muss ein tief greifender Demokratisierungs- und Entbürokratisierungsprozess in den Gewerkschaften in Gang gesetzt werden. Dazu muss vor allem den KollegInnen mehr Mitsprache eingeräumt werden. Bei Tarifikämpfen kann es nicht um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler KollegInnen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn die KollegInnen wirklich die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität aber auch auf ihre Mehrheitsentscheidung, die nicht von allmächtigen Vorständen gekippt werden kann, dann wird ihr Engagement und ihr Selbstvertrauen wachsen. Und nur dann werden Kapital und Kabinett unter Druck geraten. Deshalb:

- Entwicklung einer Kampftaktik, die nicht nur wenige Betriebe oder Belegschaften einbezieht; aktiver Kampf gegen den § 146 SGB III;
- keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Transparenz aller Entscheidungen!
- gemeinsame Laufzeiten von möglichst vielen Tarifverträgen, um breite Kampffronten zu ermöglichen, denn nur wenn wir unsere gemeinsame Stärke spüren, können wir wieder aus der Defensive rauskommen;
- Vereinheitlichung der Tarifverträge: Schluss mit den unzähligen Sonderbestimmungen, Ausnahmeregelungen und Öffnungsklauseln (weg von der Verbetrieblichung der Tarifpolitik);
- Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen eingeholt werden.

Auch in der tagtäglichen Auseinandersetzung auf lokaler und betrieblicher Ebene muss der gewerkschaftlichen Demokratie neues Leben eingehaucht werden. In Jahrzehnten der "Sozialpartnerschaft" haben sich bürokratische Verhaltensweisen auch auf betrieblicher Ebene entwickelt. Selten haben Gewerkschaftsmitglieder die Möglichkeit, bei wichtigen Entscheidungen mitzudiskutieren und darüber abzustimmen.

Doch in den letzten Jahren hat sich an der Basis auch eine starke Passivität verbreitet. Dies muss aufgebrochen und die Aktivität der KollegInnen angeregt werden.

Wer wir sind

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen, aber mit dem gemeinsamen Ziel, die Gewerkschaften wieder handlungsfähig zu machen und bedingungslos die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten. Der Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmen und der Regierung muss heute beginnen und dafür muss auch eine Auseinandersetzung um die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften geführt werden.

vorgelegt von Jakob Schäfer 13.1.05.

Diese Vorlage dient der Diskussion in den örtlichen Foren in Vorbereitung des zweiten Kongresses der Gewerkschaftslinken im Jahr 2005..